

Bundesregierung verspricht Soforthilfe für Opfer des Magdeburger Anschlags

Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg am 12.01.2025 plant die Bundesregierung finanzielle Hilfe für die Opfer.

Magdeburg, Deutschland - Infolge des tragischen Anschlags auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg wird die Bundesregierung ihre Unterstützung für die Opfer und deren Angehörige verstärken. Dies kündigte Bundesjustizminister Volker Wissing an, der betonte, dass es keinen Unterschied machen dürfe, ob eine Tat als terroristisch eingestuft wird oder nicht. Das Leid der Betroffenen bleibe unabhängig von den Ermittlungen zum Motiv des Täters unverändert.

Die Bundesregierung plant eine finanzielle Unterstützung für die Verletzten sowie die Familien der Getöteten, wobei ein neunjähriger Junge und fünf Frauen ums Leben kamen und knapp 300 Personen verletzt wurden. Wissing erklärte, dass die Betroffenen die gleiche Unterstützung erhalten sollen wie Opfer von Terrorangriffen. Ein entsprechender Antrag auf zusätzliche Mittel wird an den Bundestag gestellt. Die Haushaltsmittel müssen jedoch noch bewilligt werden.

Unklarheiten zum Motiv des Anschlags

Der genaue Grund für den Anschlag ist derzeit noch unklar. Auch die psychische Gesundheit des aus Saudi-Arabien stammenden Attentäters steht in Frage. Wissing betonte, dass der Staat den Betroffenen zur Seite stehen müsse, ungeachtet dessen, ob der Anschlag als terroristische Tat eingestuft wird oder nicht. Der

Minister erklärte außerdem, dass er in Kürze den Bundestag kontaktieren werde, um die nötigen Schritte einzuleiten.

Für weitere Informationen zu den Entwicklungen rund um diesen Vorfall lesen Sie die Artikel von **MDR** und **Süddeutsche Zeitung**.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Magdeburg, Deutschland
Verletzte	300
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• nag-news.de• www.mdr.de• www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at